



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24891-23

Fernschreiber 0886890

P/XII/82 - 8. April 1957

Einweise
auf den Inhalt:

Das deutsch-englische Gespräch	S. 1
Zehn Jahre amerikanischer Einfluss im Mittelmeer	S. 3
"Kleine" und "grosse" Atombomben	S. 5
Schutz der Bevölkerung?	S. 7
Intervention des Klerus in Saarland	S. 8

Im Zeichen des Umdenkens

Von Ernst Paul, MdB.

Das diesjährige deutsch-englische Gespräch in Königswinter ist weit über sein Programm hinausgewachsen. Diese Feststellung schmälert keineswegs das Verdienst der Veranstalter, denen es in wachsendem Maße gelingt, Parlamentarier und Publizisten beider Völker zu freimütiger Aussprache an einen Tisch zu bringen. Dass über den dreitägigen Erörterungen eine erregende Atmosphäre lag wie nie zuvor, ist auf die welt-politischen Begleitumstände zurückzuführen.

Das von der konservativen britischen Regierung veröffentlichte Weissbuch z.B. ist eine Tatsache, die von den Teilnehmern der Tagung von Königswinter einfach nicht übersehen werden konnte. Darum wandelte sich im Laufe des Gesprächs das Thema "Europa - seine Rolle in der Welt" in die Frage, wie es sich ermöglichen lässt, dass Europa und die anderen Kontinente dieser Erde überhaupt am Leben bleiben können.

Noch selten ist die Umwertung aller Werte, deren Zeugen wir sind, so offen behandelt worden, wie bei diesem deutsch-englischen Gespräch. Dass es in diesem Entwicklungsprozess nicht auf Anhieb gelingt, eine allgemein gültige Konzeption zu finden, braucht dann kein Mangel zu sein, wenn die Zeichen der Zeit verstanden werden und wenn man entschlossen ist, das Umdenken bis zum Neudenken fortzusetzen.

Wie schwer dies hierzulande unseren Konservativen von der CDU/CSU fällt, geht aus dem Umstand hervor, dass sie die englischen Konservativen zwingen, ihre Regierung wegen der im Weissbuch angekündigten oder zumindest zur Diskussion gestellter Massnahmen verteidigen zu müssen. Während unsere Regierung starr an einer im Jahre 1950 gefassten Konzeption festhält, versucht man in England auch von Regierungsseite, die Linien der Politik von morgen wenigstens unter den Aspekten von heute zu skizzieren. Wie erschütternd dieses Beispiel für unsere CDU/CSU ist, ging aus den Äusserungen eines ihrer massgebenden Politiker hervor. Da haben wir uns, erklärte er, jahrelang bemüht, das deutsche Volk davon zu überzeugen, dass die allgemeine Wehrpflicht notwendig sei. Und nun kommt die englische Regierung und kündigt deren Abschaffung in naher Zukunft an! Das müsse einen Schock im deutschen Volke nach sich ziehen. Wir glauben gerne, dass dieser Schock zumindest bei -2-

Regierungspolitikern vorhanden sein wird.

Die Art der Anwendung der Atomkraft wird unser aller Leben bestimmen - mit diesen Worten könnte man den Hauptteil der Beratungen zusammenfassen. Darum ist es bedeutend, ob neben den Sowjets, der USA und Grossbritannien man auch noch wir und andere Staaten die Atomwaffe besitzen sollen. Dadurch würde die Gefahr einer Explosion mit ihren vernichtenden Folgen heraufbeschworen. Dabei dürfte die Atomgranate nicht verniedlicht werden. Die von sozialistischer Seite aus beiden Ländern und von unseren Liberalen vorgetragene These, dass gerade jetzt Verhandlungen über die Abrüstung und Atomkontrolle aussichtsreich seien, konnte nicht entkräftet werden. Unter diesen Umständen müsse man auch die NATO neu betrachten. Sie sei, wie ein englischer Sozialist erklärte, das Symbol einer zu Ende gegangenen Epoche. Wenn man ferngesteuerte Raketen von einem Kontinent auf den anderen abschliessen könne, ist auch die Frage des Raumes und damit eine frontale Abgrenzung alten Stils von sekundärer Bedeutung geworden.

Die Dringlichkeit der deutschen Wiedervereinigung wurde kaum bestritten, und nur vereinzelte englisch-konservative Stimmen liessen erkennen, dass man bereit sei, sich mit der Existenz zweier deutscher Staaten abzufinden. Der Hinweis Fritz Erlers, dass man über die Beseitigung dieser "Zeitbombe" verhandeln müsse, blieb unwidersprochen. Aber dann müsse man auch bereit sein, beim Kassieren in Moskau anzufragen, welchen Preis die Firma Piek & Gratewohl koste.

Dass solche Verhandlungen, die der oft erwähnte, wenn auch noch keineswegs endgültig ausgeformte Gaitskell-Plan vorsieht, notwendig seien, schien eine allgemeine Überzeugung zu sein. Aber - und dieser Termin tauchte immer wieder auf - erst nach den deutschen Wahlen. Die Engländer ohne Unterschied des politischen Standortes erwarten von diesen Wahlen die Schaffung politischer Verhältnisse, die solche Verhandlungen erst dann als sinnvoll erscheinen lassen und sie vermehren mit diesem Hinweis die Verantwortung des deutschen Volkes. In diesem Zusammenhang ist auch die in Königswinter getroffene Feststellung von Interesse, dass der Mythos von der ausserpolitischen Isolierung der SPD endgültig zerstört sei und dass sich nichts an der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit England ändern werde, wenn die heutige deutsche Opposition morgen die Regierung bilde.

Angesichts der spannenden Debatten über die grossen politischen Probleme traten die Erörterungen über wirtschaftliche Fragen in den Hintergrund. Von Bedeutung bleibt aber doch die Feststellung, dass der Gemeinsame Markt die Lenkung von Investitionen erforderlich mache und dass Arbeitsplätze dort geschaffen werden sollen, wo Arbeitskräfte vorhanden seien. Da dies auch die Meinung industrieller Kreise beider Nationen zu sein scheint, ist die Frage berechtigt, ob es Planwirtschaft nur im europäischen Raum geben dürfe und ob solche Massnahmen im eigenen Lande eine Sünde wider den Geist der freien Wirtschaft seien. Kündigt sich auch auf diesem Gebiet bereits ein Umdenken an?

Die Truman-Doktrin und ihre Folgen

Von unserem Balkan-Korrespondenten

Es ist nunmehr 10 Jahre her, seitdem sich Amerikaner in Form der bekannten Truman-Doktrin gegen die sowjetischen Expansionsversuche in Griechenland zur Wehr setzten, um dieser Politik ein Ende zu bereiten. Das war die Zeit des kalten Krieges, in der Phase, in der Griechenland als erstes Opfer durch einen inneren Aufstand zerrüttet war. Die Kommunisten hatten versucht, durch diesen Aufstand sich der Gewalt im Staate zu bemächtigen. Dabei wurden sie von den Balkan-Satelliten materiell und von der Sowjetunion moralisch unterstützt.

Schon seit der Yaltaer Konferenz zählte Grossbritannien Griechenland und die Türkei zu seiner Einflusssphäre und hatte diesen Ländern kurz nach Kriegsende wirtschaftliche Hilfe gewährt. Aber im Frühjahr 1947 befand sich England selbst in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage und gab daher Washington zu verstehen, dass es diese wirtschaftlichen Hilfsaktionen nicht mehr aus eigener Kraft leisten könne.

Damals war die erste Folge der Truman-Doktrin, dass sich die Amerikaner im Mittelmeerraum festsetzten. Dies war das erste Mal in der Geschichte, und damit wurden sich die Vereinigten Staaten gleichzeitig ihrer Rolle als Weltmacht voll bewusst, was zum Ende des Krieges noch nicht klar gewesen war. Später dann, im April 1949, traten sie der NATO bei und beteiligten sich damit verantwortlich an der Verteidigung Westeuropas. Damit war ihr Schicksal mit der der anderen westeuropäischen Staaten politisch eng verknüpft. Wenn nicht zur Zeit der Truman-Doktrin so starke Isolationstendenzen in Washington vorgeherrscht hätten, so wäre es wohl möglich gewesen, dass sich die Truman-Doktrin auch auf die Gebiete bereits damals ausgedehnt hätte, die heute von der Eisenhower-Doktrin erfasst werden, also auch auf den Mittleren Osten. In diesem Falle wären wahrscheinlich viel Fehler der westlichen Diplomatie nicht vorgekommen und die Suez-Aktion des vorigen Jahres an diesem neuralgischen Punkt der Welt hätte nicht stattgefunden.

Während der vergangenen zehn Jahre gewährten die USAen Griechenland und die Türkei je drei Milliarden Dollar Hilfe für wirtschaftliche und militärische Zwecke. Diese Unterstützung war entscheidend für die Niederschlagung des kommunistischen Aufstandes. Durch amerikanischen

Einfluss traten Jugoslawien, Griechenland und die Türkei zum Balkan-Pakt zusammen, nachdem zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion schwerwiegende Spannungen entstanden waren. Dies war im Frühjahr 1954.

Wenn auch im allgemeinen die Ziele der Truman-Doktrin erreicht wurden, so traten doch bei der Durchführung in Griechenland und der Türkei ernste Schwierigkeiten auf. Die amerikanische Kommission für die Verwertung der Hilfgelder entwickelte sich langsam zu einem Staat im Staate. Sie bekam Exterritorialitätsrechte und begann sich in die inneren Angelegenheiten beider Länder einzumischen. In der Türkei allerdings trat man nicht so offen gegen die überhand nehmenden Rechte der Amerikaner auf, da dort praktisch eine diktatorische Staatsform um keine Pressefreiheit herrscht. Seit Ende 1953 aber, als die Amerikaner durch einen besonderen Vertrag Stützpunkte auf dem griechischen Mutterland erhielten, entstand in diesem Lande eine ernste Kampagne gegen allzu starken amerikanischen Einfluss.

Diese Kampagne wurde durch die Opposition im griechischen Parlament so stark vertreten, dass die Regierung verpflichtet wurde, im Herbst 1956 die Exterritorialitätsrechte der amerikanischen Kommissionen wieder zu beschränken. In der Presse wurde betont, dass man eine nationalere Außenpolitik treiben müsse, die damit mehr dem Interesse des Landes diene. Die Zypernkrise, die die schon traditionelle Freundschaft zwischen England und Griechenland in eine schwierige Lage brachte führte aber dennoch zu einer engen Anlehnung an Washington. Das amerikanische States Department bemüht sich in letzter Zeit besonders, die griechische Freundschaft zu gewinnen. Charakteristisch ist, dass der neue Botschafter in Athen der ehemalige Unterstaatssekretär Allan geworden ist.

* * *

Die Schulraumnot in der Bundesrepublik

Norddeutscher Rundfunk: "Der heutige Fehlbedarf an Klassenzimmern beläuft sich auf 60 000, um die Hälfte mehr, als man vor drei oder vier Jahren annahm. Das bedeutet: wir brauchen weitere sechs Milliarden DM. Die Gemeinden und Länder sind ausserstande, diese Beträge in überschaubarer Zeit aufzubringen. Es müssen also Geldmittel von anderer Seite bereitgestellt werden, z.B. vom Bundestag. Im vorigen Sommer ist nun von allen Fraktionen des Bundestages ein Beschluss gefasst worden, dass nämlich ein Satzungsentwurf zu einer deutschen Stiftung für den Schulbau vorgelegt werden soll. Die Zeit vergeht jedoch, aber nichts geschieht. Gewohnheit aber legalisiert auch das Schlechte".

* * *

Hiroshima in Deutschland?

sp. Die Forderung der Bundesregierung nach Ausrüstung der Bundeswehr mit sogenannten kleinen oder taktischen Atomwaffen führt unmittelbar zu der Frage, ob man in Bonn entschlossen ist, das deutsche Volk im Falle einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Ost und West in Europa dem Schicksal der Verseuchung und Verbrennung auszusetzen.

Nachdem die Zahl der vorhandenen Atom- und Wasserstoffbomben die Zahl der "lohnenden" Atomziele bereits überschritten hat und sich der Zeitpunkt nähert, (nach Pressemitteilungen 1960 für Amerika und 1962 für Ausland), da auch genügend interkontinentale Raketen zum "Versand" dieser Bomben zur Verfügung stehen, glaubt der eine Teil der Militärexperten mit Ledell Hart an der Spitze, dass konventionelle Truppen lediglich noch die Rolle eines "Klingelrahmes" spielen sollten, der automatisch den atomaren Gegenschlag der angegriffenen Seite auslösen sollte.

Da nach Überzeugung von Militärexperten sowohl des Westens wie des Ostens nach einem dann folgenden atomaren Krieg selbst der Überlebende - vom Sieger kann wohl kaum noch gesprochen werden - nur unter Schwierigkeiten existieren können, glaubt man auf solche Weise den Krieg verhindern zu können.

Die andere Richtung, als deren Sprecher sich der in französischer Diensten stehende Oberst Miksche hervorgetan hat, glaubt nicht an diese Möglichkeit, sondern fordert auch für den Westen starke konventionelle Streitkräfte. Dabei wird darauf verwiesen, dass Russland sowohl eine atomare wie auch eine konventionelle Rüstung besitze. Deshalb plädiert man auf dieser Seite für eine kontrollierte Abrüstung der "grossen" Atomwaffen und für konventionelle Aufrüstung.

Mit ihrer Forderung nach "taktischer" atomarer Aufrüstung der Bundeswehr - ohne Verminderung der "konventionellen" Aufrüstung - folgen Bundesregierung und CDU der Erklärung, mit der sich Bundeskanzler Dr. Adenauer in der Pressekonferenz vom 11. Januar zugunsten der konventionellen Richtung einschaltete. Was heute mit dem Begriff der "taktischen Atomwaffen" taktvoll umschrieben wird, sucht Dr. Adenauer nun dem Bundesbürger unter dem Stichwort der "grossen" und "kleinen" Atomwaffen plausibel zu machen. Die "grossen" Atomwaffen müssten - nehmen wir gleich die Formulierung, auf die er sich nach einigem Dementieren mit sich selbst geeinigt hat - "kontrolliert abgerüstet" werden, die

8. April 1957

"kleinen" dagegen würden sehr bald zu den "konventionellen" Waffen zählen.

Die Frage, was denn nun eine "kleine" Atombombe ist, wird möglicherweise ein Primaner eines naturwissenschaftlichen Gymnasiums besser beantworten können als mancher Berater des Bundeskanzlers - sonst hätte sich dieser gewiss gehütet, derartige Aussprüche zu tun. Mit den herkömmlichen Sprengmitteln kann man Bomben und Granaten, aber auch Knallkorker und Zündplättchen herstellen. Man kann sie in jeder gewünschten, geringen Menge anwenden.

Bei den Atombomben geht das nicht. Die explodieren nur, wenn eine bestimmte Mindestmenge Uran oder Plutonium beisammen ist, die sogenannte "kritische" Menge. Atombomben haben also immer, auch wenn sie "klein" sind, eine bestimmte Mindestgrösse. Auf die naturwissenschaftlichen Gründe dieser Tatsache einzugehen, ist hier nicht der Ort.

Als die Amerikaner die ersten Atombomben herstellten, hatten sie die erforderlichen Uran-Isotope und das Plutonium chemisch rein unter grossen Mühen und keineswegs in unbeschränkter Menge hergestellt. Sie waren mit Kernsprengstoff im Gegenteil recht knapp, bauten daher die Atombomben auch nicht zu gross. Wahrscheinlich sind sie über die erforderliche Mindestmenge nicht wesentlich hinausgegangen. Das bedeutet aber, dass die "kleinen" Atombomben immerhin das Kaliber von Hiroshima haben!

Nun haben die Amerikaner unlängst bekannt gegeben, sie hätten eine Defensiv-Atombombe hergestellt, die nicht mehr die furchtbaren Strahlenwirkungen aufweise. Die Sprengkraft entspreche der Bombe von Hiroshima. Bei der deutschen Bundeswehr laufen Atombomben unter Decknamen. Die kleinste heisst - wie unlängst in der Presse nachzulesen war - "Cäsar". Sprengkraft: Wie bei Hiroshima.....

* * *

Sträflich vernachlässigter Zivilschutz

FB. Während die Schlagzeilen in den Zeitungen fett und fetter werden, wenn es sich um die Streitfrage handelt, ob die Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden soll oder nicht, ist es beängstigend still, wenn man nach der Kehrseite der Medaille fragt, nämlich den zivilen Bevölkerungsschutz. Es ist beängstigend, wenn gerade eine Regierung wie die deutsche Bundesregierung sich in dieser Frage so passiv verhält. Obwohl heute die kleinste "taktische" Waffe die Wirkung von rund 1.000 der schwersten Luftminen des letzten Krieges hat, tut diese Regierung praktisch nichts, um den Gefahren, die sie selbst heraufbeschwört, wenigstens in etwa begegnen zu können.

Die Bundesregierung hat 1955 ein "Dreijahres-Programm" für den Schutz der Zivilbevölkerung mit einem Kostenaufwand von 1,2 Milliarden DM versprochen, das statuenmäßig bis zum 1. April 1958 höchstens zu einem Viertel erfüllt sein wird.

Es wurden für den Schutz der Bevölkerung bisher von Seiten der Bundesregierung folgende Summen zur Verfügung gestellt:

1955	82,--- Millionen DM
1956	91,498 Millionen DM
Ansatz 1957	<u>103,281 Millionen DM</u>
Summe bis 1. April 1958.....	=276,779 Millionen DM

Das versprochene Dreijahresprogramm, das zudem noch völlig unzureichend war, ist also zu 223.221.000,-- DM nicht erfüllt.

Die Bundesregierung hat es bisher auch noch nicht einmal für nötig gefunden, zu erklären, was sie angesichts dieser Lage zu tun gedenkt. Heute sieht es so aus, dass bis zum 1. April 1958, abgesehen von einigen Erprobungsbauten, für die Zivilbevölkerung nicht ein einziger Schutzraum zur Verfügung stehen wird, denn für die dringendsten Baumaßnahmen ist nicht eine einzige D-Mark im Etat vorgesehen. Was aber wird der beste Verteidigungsdienst nützen, wenn er die Bevölkerung nur darauf vorbereiten kann, dass in wenigen Minuten oder Sekunden der Atomtod eintritt?

Es soll hier nicht die politische Problematik des Verteidigungshaushaltes untersucht werden, aber rein rechnerisch machen die Etatsansätze für die Bundeswehr einschl. der Bindungsermächtigungen bis heute

rund 31.000.000.000,-- DM (31 Milliarden DM)

aus.

Für den Luftschutz hingegen sind

rund 276.000.000,-- DM (276 Millionen DM)

vorgesehen, d.h. das Verhältnis zwischen Aufwendungen für die Bundeswehr und dem zivilen Schutz der Bevölkerung beträgt

100 zu 0,89.

Angesichts dieser Zahlen bleibt nur übrig festzustellen, dass die Bundesregierung den zivilen Bevölkerungsschutz sträflich vernachlässigt. In jedem Etatjahr hat sie die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt, vom Verteidigungsetat 1 Milli rde DM für den zivilen Bevölkerungsschutz abzugeweißen.

Politisierende Bischöfe

sp. Mit der Neubildung der saarländischen Regierung will es nicht recht vorankommen, die Verhandlungen lassen keine sichtbaren Fortschritte erkennen, auch ist nicht abzusehen, auf welcher Plattform sich eine neue Regierung wird bewegen können - eine, die alle vier saarländischen Parteien umfasst, dürfte es, wie die Dinge liegen, allerdings nicht sein. Bonner Wünsche laufen auf eine CDU-Koalition mit der Partei von Johannes Hoffmann hinaus, die zusammen eine, wenn auch schwache Mehrheit im Landtag haben. Gegen eine solche Lösung hat sich der frühere Ministerpräsident Dr. Ney aus vielen Gründen gewandt - er fürchtet für den Bestand der saarländischen CDU, die im Widerstand gegen die Partei Hoffmanns gross geworden ist und der eine Fusion mit der CVP, wie sie Bonn vorschwebt, nicht gerade gut bekommen würde.

Der mächtige Bonner Druck hat nun durch die Bischöfe von Trier und Speyer eine zusätzliche Verstärkung erfahren. Darin liegt das Bedenkliche des Vorgehens dieser beiden katholischen Bischöfe. Es sollte nicht deren Sache sein, sich in einen rein politischen Vorgang einzumischen; niemand im Saargebiet denkt daran, die christlichen Grundlagen dieses überwiegend katholischen Landes anzutasten. Die Wähler der Sozialdemokratie und der Partei Dr. Schneiders sind grösstenteils Katholiken. Sie entschieden sich aus politischen Gründen für diese Parteien und sind deshalb nicht weniger schlechte Christen als jene, die CVP oder CDU wählten.

Die Intervention beider Bischöfe kommt einer einseitigen Stellungnahme für eine bestimmte politische Konzeption gleich, sie überschreitet die Grenzen des hohen kirchlichen Amtes und ist nur geeignet, in der christlichen Bevölkerung, die aussserhalb von CVP und CDU steht - sie umfasst beinahe die Hälfte aller Wähler - Unmut auszulösen. Wie immer auch - falls es doch nicht zur vorzeitigen Landtagsauflösung kommt, was wohl das Beste unter den gegebenen Umständen wäre - sich eine neue Regierung zusammensetzen wird, gewiss ist doch, dass christliche Belange nicht auf dem Spiel stehen. Sie bleiben für alle Fälle unangetastet. Warum dann dieser Flug beider Bischöfe in den politischen Raum?

Sie waren sicherlich nicht gut beraten, als sie ihn unternahmen; sie handelten in einem Geiste, der um des Friedens willen nicht mehr wirksam werden sollte. Die Identifizierung der Kirchen mit bestimmten politischen Parteien kommt, auf lange Sicht, weder den Kirchen noch den Parteien zugute; haben das diese beiden sonst so achtbaren und hochverdienten Bischöfe übersehen?

Übrigens: die saarländische CDU ist durch den Schritt der Bischöfe geradezu bestürzt, weil durch diesen ein Mann wie Hoffmann in das Rampenlicht gerückt wird, der auf Grund seiner Vergangenheit auf der politischen Bühne nichts mehr zu suchen hat.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel